„Run“ auf die Rente mit 63 ist keine Überraschung



Dr. Anika Rasner ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Sozio-oekonomischen Panel am DIW Berlin.
Der Beitrag gibt die Meinung der Autorin wieder.

Die „Rente mit 63“ erfreut sich äußerst großer Beliebtheit: Bereits über 160 000 Personen haben den abschlagsfreien Renteneintritt mit 63 Jahren bei der Deutschen Rentenversicherung beantragt – weit mehr, als die Bundesregierung angenommen hat. Zusätzlich zu den Personen, die auch ohne die neue Regelung vorzeitig in Rente gegangen wären, hatte sie lediglich mit 50 000 weiteren Antragsstellern gerechnet. Die Kosten – und damit die langfristigen Belastungen für die zurzeit noch gut gefüllte Rentenkasse – werden damit sehr viel höher sein als zunächst kalkuliert. Die Deutsche Rentenversicherung schätzt sie auf 1,5 Milliarden Euro in diesem Jahr statt der erwarteten 0,9 Milliarden und auf drei Milliarden Euro im nächsten Jahr anstelle der vorhergesagten 1,5 Milliarden. Die für das Jahr 2015 angekündigte Beitragssatzsenkung von derzeit 18,9 auf 18,7 Prozent, die ohnehin schon geringer ausfällt, als es die Höhe der Rücklagen der Rentenversicherung eigentlich zulassen würde, könnte damit nur von kurzer Dauer sein. Aufgrund der Kostenbelastungen aus dem Rentenpaket der Bundesregierung, das vor allem die noch kostenintensivere Mütterrente einschließt, prognostiziert auch der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Beitragssatzsteigerungen über die bislang prognostizierten Werte hinaus, wenn der Bundeszuschuss zur Rentenkasse nicht erhöht wird. Außerdem werden die zukünftigen Rentenanpassungen geringer ausfallen.

Aber kann man von dieser Entwicklung tatsächlich überrascht sein? Die Vergangenheit zeigt, dass Arbeitnehmer vorzeitig in Rente gehen, wenn sie die Möglichkeit dazu haben. Vor allem dann, wenn die Anreize derart klar auf der Hand liegen wie bei der Rente mit 63. Wenn die 45 Jahre mit relevanten Beitragszeiten erreicht sind – dazu zählen nicht nur die Beschäftigungsjahre, sondern auch Zeiten der Kindererziehung und Pflege, Wehr- und Zivildienst sowie Bezugszeiten von Arbeitslosengeld I –, kann man mit 63 Jahren ohne Abschläge in Rente gehen. Jedes zusätzliche Jahr in Beschäftigung würde den individuellen Rentenanspruch zwar noch steigern, aber die Phase des Rentenbezugs verkürzen. Für die meisten Menschen lohnt sich diese Rechnung nicht. Ihre Entscheidung, frühzeitig in Rente zu gehen, ist daher durchaus rational. Sie müssten schon sehr alt werden, damit sie die durch den kürzeren Ruhestand entgangenen Rentenzahlungen aufholen können. Aus diesem Grund werden nur wenige auf die Rente mit 63 Jahren verzichten, obwohl sie die Anspruchsvoraussetzungen erfüllen.

Die Rente mit 63 wird allerdings auch keine Frühverrentungswelle auslösen, wie sie Deutschland in den späten 1980er und den frühen 1990er Jahren erlebt hat. Dafür ist der begünstigte Personenkreis zu klein und die Laufzeit der Sonderregelung zu kurz. Die Einführung der Rente mit 63 war ein problematisches Signal zum falschen Zeitpunkt. Jahrzehntelang war die Rentenreformpolitik auf eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit ausgerichtet, was angesichts des fortschreitenden demografischen Wandels und dem nahenden Renteneintritt der geburtenstarken „Baby Boomer“-Jahrgänge der einzig richtige Weg war. Diese Politik hat auch ihre Wirkung gezeigt. Das Renteneintrittsalter ist langsam aber stetig gestiegen, weil die Möglichkeiten des vorzeitigen Rententeintritts begrenzt und die individuellen Kosten durch rentenrechtliche Abschläge erhöht wurden. Mehr ältere Menschen sind jetzt in Beschäftigung. Die abschlagsfreie Rente mit 63 war ein Bruch mit dieser Reformpolitik. Zwar betont die Bundesarbeitsministerin stets, dass die Rente mit 63 Jahren aus der persönlichen Sicht der Anspruchsberechtigten verdient sei – was auch niemand bestreitet. Doch letztlich handelt es sich primär um ein Wahlgeschenk ohne erkennbaren nachhaltigen sozialpolitischen Nutzen. Den Löwenanteil der Kosten werden künftige Generationen tragen, aber auch die Rentner, weil ihre Renten künftig weniger stark ansteigen werden.

DIW Berlin

DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
www.diw.de
81. Jahrgang

Herausgeber
Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Kati Krähnert
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion
Sabine Fiedler
Dr. Kurt Geppert

Redaktion
Renate Bogdanovic
Andreas Harasser
Sebastian Kollmann
Dr. Claudia Lambert
Marie Kristin Marten
Dr. Anika Rasner
Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat
Dr. Stefan Bach
Dr. Dietmar Edler

Pressestelle
Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb
DIW Berlin Leserservice
Postfach 74, 77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01806 – 14 00 50 25,
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304

Gestaltung
Edenspiekermann

Satz
eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck
USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an die Serviceabteilung Kommunikation des DIW Berlin (kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.